

Ein anderes Europa hat große Zukunft

Wenn sich die EU nicht neu organisiert, kann sie mit den Folgen von Globalproblemen wie der Klimakrise nicht fertigwerden. Daher fordert die Politikexpertin Ulrike Guérot die Weiterentwicklung zu einer Europäischen Republik.

HELMUT L. MÜLLER

Auf Binnenmarkt und gemeinsame Währung solle ein Europa-Staat folgen, argumentiert Ulrike Guérot.

SN: Hat die Europäische Union eine Zukunft? Oder ist die EU gerade dabei, ihre Zukunft zu verspielen?

Ulrike Guérot: In ihrer derzeitigen Form hat die EU keine Zukunft. Aber Europa hat eine große Zukunft, wenn die europäische Demokratie anders organisiert wird.

SN: Das klingt zum Teil ähnlich düster wie bei Ivan Krastev, der schon vor zwei Jahren sein Buch „Europadämmerung“ vorgelegt hat ...

Unter den derzeitigen Bedingungen sehe ich die Lage für die EU ähnlich düster wie Krastev – vor allem dann, wenn es weiterhin dabei bleibt, dass es keine Initiativen für Reformen gibt. Wir wissen ja nicht einmal, ob in Frankreich Präsident Emmanuel Macron im Mai 2022 die Wahlen gewinnen wird. Seit Kurzem liegt die Partei von Marine Le Pen vor Macrons Partei. Wenn Macron die Wahlen nicht gewinnt, ist die EU sowieso tot. Ich sehe aber auch einen starken Wunsch nach einem anderen, sozialen und demokratischen Europa. Als einzig mögliche Alternative zu einem Zerfall der EU nennt Krastev in seinem Buch die Europäische Republik, die ich selbst vorschlage.

„Auch der Euro war zuerst eine Utopie und wurde dann zur Realität.“

Ulrike Guérot, Politikforscherin

SN: Was muss vor allem geschehen, um die EU zukunftsfähig zu machen?

Wir brauchen erstens eine direkte Koppelung zwischen den Bürgern und der Entscheidungsfindung in der EU. Das heißt: Die Bürger sind der Souverän, sie müssen entscheiden. Im derzeitigen EU-System entscheiden wir doch bestenfalls nachgeordnet, und nicht einmal das; denn der Europäische Rat (der Staats- und Regierungschefs) entscheidet im Grunde alles. Wir entscheiden auch nicht zu gleichen Bedingungen, weil wir ja gewichtete Wahlverfahren haben (sodass die Stimmen in den großen und in den kleineren EU-Ländern unterschiedlich zählen).

Wir brauchen zweitens eine starke Aufwertung der Regionen. Sie sind Identitätsträger für die Bevölkerung. Wenn wir auf Katalonien oder auf Schottland schauen, wird klar, dass wir die unmittelbare Mitsprache der Regionen in der Union erhöhen müssen.

Wir brauchen drittens eine vollständige Parlamentarisierung in der EU. Das bedeutet vor allem, dass wir nach dem Prinzip „Eine Person, eine Stimme“ wählen müssen.

SN: Ist Ihre Idee einer Europäischen Republik in diesem Moment eine Utopie, eine Wunschvorstellung oder ein realistisches Konzept?

Ich glaube, dass wir auf dem Wege sind, die Idee einer Europäischen Republik von der Utopie in die Real-



„Ich bin weder naiv noch utopisch“: Das sagt Ulrike Guérot und plädiert für eine Neugründung der EU. BILD: SWAPHERBERT FRANKHÖRER

ität zu holen. Wir können vermelden, dass die Europäische Republik wahrscheinlich im nächsten Jahr im Grundsatziprogramm der Grünen Partei Deutschlands stehen wird. Von Interesse ist auch ein Aufruf von 20 italienischen Abgeordneten für die Gründung einer Europäischen Republik, der jetzt dem Europäischen Parlament vorgelegt werden soll. Aus unserem Vorhaben könnte tatsächlich etwas werden, wenn sich auch Institutionen wie Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände oder Parteien, und zwar offiziell, hinter diese Idee stellen würden. Im Grunde ist es doch bei allen großen politischen Projekten in der EU so gewesen, zum Beispiel beim Euro: Zuerst hat es eine Utopie gegeben, dann haben wir die Utopie in die Realität geholt.

SN: In Ihrem Szenario sollen die bisher dominierenden

„Warum Europa eine Republik werden muss“: Ulrike Guérot erhält Salzburger Landespreis für Zukunftsforschung

Eine europäische Öffentlichkeit existiert bisher nicht. Grenzüberreichende TV-Projekte wie Arte reichen dafür längst nicht aus. Ist nicht eine europaweite Öffentlichkeit eine nötige Grundlage für eine Europäische Republik?

Ulrike Guérot antwortet im SN-Gespräch auch auf diese Frage ebenso eloquent wie engagiert: Wenn im EU-Parlament tatsächlich über die zentralen Belange der EU-Bürger entschieden wird, etwa über eine Arbeitslosenversicherung oder einen Mindestlohn für alle, „kommt die europäische Öffentlichkeit gleich mit durch die Tür, das garantiere ich“.

Ulrike Guérot, Politikwissenschaftlerin und Publizistin, ist der Auffassung, dass sich die EU neu aufstellen muss. Programm-

Nationalstaaten deutlich zurücktreten. Aber müssen wir in diesem Augenblick nicht feststellen, dass sich diese Nationalstaaten noch immer hartnäckig halten?

Wir sind jetzt 500 Millionen Bürger in der EU. Wir könnten ja, weil die EU immer mehr in die Krise kommt, beschließen, einen europäischen Staat zu begründen. Das ist im Grunde der Denkvorschlag, den ich mache.

Natürlich stimmt es, dass sich viele Leute gegen diese Vorstellung wehren. Dabei geht es nicht nur um Politiker in den Nationalstaaten, die ihre Macht nicht aufgeben wollen. Vor allem sind die Institutionen, die man einmal geschaffen hat, nämlich nationale Ministerien oder Bürokrateien, das Moment der Behibigkeit, das man bei der Umsetzung einer solchen Idee nicht einfach übergehen kann.

SN: Braucht es nicht für so weitreichende Änderungen zuerst einen Konsens in der Europäischen Union?

Ich rede jetzt gar nicht von der EU. Die könnte es schon übermorgen nicht mehr geben. Systeme, die sich

nicht reformieren und irgendwann einmal stillstehen, überleben die Geschichte nicht. Insofern ist die Frage, ob ein Konsens in der EU besteht, schon zweitrangig. Die entscheidende Frage ist dann, wenn die EU scheitert, vielmehr: Gibt es organisierte Mehrheiten europäischer Bürger, die eine Europäische Republik mittragen würden?

Ich werde oft gefragt, ob das überhaupt möglich sei, was ich vorschlage. Darauf antworte ich als deutsche Bundesbürgerin ganz gespannt: Uns hat man 40 Jahre lang erzählt, Deutschland solle wieder vereintigt werden, und man hat stets hinzugefügt, dass das wohl nicht



BILD: SWAPHERBERT FRANKHÖRER

Balkon-Projekt 2018 in Wien: „Denk europäisch!“

tisch liest sich deshalb vor allem ihr Buch aus dem Jahr 2016: „Warum Europa eine Republik werden muss! Eine politische Analyse.“ Auch ihre folgenden Studien „Der Neue Bürgerkrieg – Das offene Europa und seine Feinde“ (2017) und „Was ist die Nation?“ (2019) liefern wichtige Anstöße für die Debatte über Europas Zukunft.

Dass sie heute, Mittwoch, den Salzburger Landespreis für Zukunftsforschung 2019 erhält, ist für Ulrike Guérot ein Grund für große Freude. Geehrt wird sie ja an einem Ort, wo Leopold Kohr mit dem Vortrag für die kleinen Einheiten auch für sie wichtige geistige Spuren hinterlassen hat. Der Vorstand der Robert-Jungk-Stiftung hat Guérot für den Preis vorgeschlagen, weil sie

den zentralen europäischen Werten wie Demokratie, Rechtsstaat und sozialer Solidarität „in einer neuen, radikal anders konfigurierten EU zur Geltung verhelfen will“. Guérot gehört zum Typus des öffentlichen Intellektuellen. Sie ist Professorin für Europapolitik und Demokratieforschung an der Donau-Universität Krems, zählt aber auch zu den Initiatoren des European Balcony Project, das 2018 eine Europäische Republik ausgerufen hat.

SN: Braucht die EU für die Zukunft ein neues Narrativ?

Ja, absolut. Narrative ändern sich, es ist alles Erinnerungsarbeit. Das hat uns Aleida Assmann in ihrem Buch „Der europäische Traum“ erklärt. Die Erzählung von Frieden und Wohlstand hält nicht mehr.

Mein neues Buch wird den Titel tragen: „Die EU ist tot, aber es lebe Europa!“ Wir müssen also fragen, wie wir mit einem anderen Narrativ zu anderer Politik kommen können. Macrons Idee von einem „Europa, das schützt“ ist wirklich wichtig. Sie hat zwei Komponenten: Es geht um sozialen Schutz, aber auch um physische Sicherheit. Wenn eine Gruppe von Menschen das Gefühl hat, dass sie durch eine äußere Bedrohung zusammengeschweiselt wird, entsteht im besten Fall eine Solidarisierung nach innen. Das nennt man dann Nationenwerdung.